
FDP im Römer

ALTEN- UND PFLEGEHEIME BESONDERS VOR DEM CORONAVIRUS SCHÜTZEN

03.04.2020

Nach jüngsten Vorfällen in mehreren Alten- und Pflegeheimen fordern die Freien Demokraten in einem aktuellen Antrag den Magistrat auf, in den Einrichtungen, in denen bereits Vorfälle von COVID-19 Erkrankungen bekannt sind, Tests bei allen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtungen durchzuführen. „Bislang schienen die Alten- und Pflegeheime erfolgreich vor der Ausbreitung des Coronavirus geschützt zu sein. Jedoch zeigen die jüngsten Vorfälle in mehreren Einrichtungen in Frankfurt, dass intensiver darauf geachtet werden muss, dass die Heimbewohner sowie das Pflegepersonal ausreichend geschützt werden. Deshalb sehen wir den Magistrat dazu verpflichtet, Corona-Tests in allen Alten- und Pflegeheimen sowie bei der ambulanten Pflege kontinuierlich zu ermöglichen, um das Risiko einer Verbreitung des Virus deutlich zu reduzieren“, betont [Yanki Pürsün](#), gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Römerfraktion.

Weiter fordern die Freien Demokraten in ihrem Antrag, dass erkrankte Heimbewohner sowie Corona-Verdachtsfälle, umgehend von den anderen Heimbewohnern zu isolieren sind. Sollte eine Isolierung der Patienten aufgrund von Platzmangel nicht möglich sein, soll eine Unterbringung in Reha-Kliniken erfolgen. „Es ist wichtig, dass alle Pflege- und Altenheime sowie wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ambulanten Pflege über ausreichend Schutzmaterial verfügen, um das Ansteckungsrisiko deutlich zu reduzieren“, so Pürsün und erklärt weiter: „Große Gefahr für die Alten- und Pflegeheime besteht vor allem darin, dass die Krankheit völlig symptomfrei verlaufen kann und somit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unbewusst das Virus in die Einrichtungen transportieren können“. Weiter wollen die Freien Demokraten durch ihren Antrag in Erfahrung bringen, wie gut die Alten- und Pflegeheime sowie die ambulanten Pflegedienste in Frankfurt mit Schutzmaterial ausgestattet sind. Auch sei wichtig, zu wissen, ob Pflegepersonal sowie

die Alten- und Pflegeheime im Krisenstab vertreten sind. „Ein weiterer wichtiger Punkt für die Bewohnerinnen und Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtungen ist der soziale Kontakt zu ihren Familien. Durch das Besucherverbot dürfen mittlerweile keine Besucher mehr in den Einrichtungen empfangen werden. Bereits vor der Corona-Krise haben wir Freie Demokraten den Magistrat aufgefordert, sich mit entsprechenden Internetbetreibern in Verbindung zu setzen, um WLAN oder zumindest Hotspots in den Einrichtungen zu installieren. Dieser Forderung muss der Magistrat umgehend nachkommen und kurzfristig eine digitale Alternative schaffen, damit der Kontakt zur Familie und Freunden gerade in diesen Zeiten aufrecht gehalten werden kann“, unterstreicht Pürsün.